

Niederschrift über die 19./18 Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 28.11.2018, ab 17:00 Uhr in der Aula der Sekundarschule "Carl von Clausewitz" - Europaschule - in Burg, Straße der Einheit 35 a

- Öffentlicher Teil -

Anwesenheit der Mitglieder des Kreistages

Vorsitzender des Kreistages

Herr Dr. Volker Bauer

Erster stellvertretender Kreistagsvorsitzender

Herr Helmut Halupka

Zweiter stellvertretender Kreistagsvorsitzender

Herr Michael Bremer

CDU-Fraktion

Herr Andreas Buchheister

Herr Egon Buchmann

Herr Marco Klapper

Herr Markus Kurze MdL

Herr Gerd Mangelsdorf

Herr Wolfgang März

Herr Jürgen Michalek

Herr Frank-Michael Ruth

Herr Dr. Peter Sanftenberg

Herr Gerry Weber

Fraktion FDP/WG/FW

Herr Klaus Bock

Herr Andreas Fischer

Herr Bernd Köppen

Herr Frank Krehan

Herr Dr. Peter Randel

Herr Sören Rawolle

SPD-Fraktion

Herr Kay Gericke

Frau Dr. Mechthild Kaatz

Herr Dr. Michael Krause

Herr Horst Leiste

Herr Jörg Rehbaum

Herr Otto Voigt

Fraktion DIE LINKE

Frau Kerstin Auerbach
Frau Barbara Bester
Frau Gabriele Herrmann
Herr Mario Langer
Frau Lisa Wolf

Fraktion Grüne/Wähler-Endert

Herr Frank Endert
Herr Dr. Christoph Kaatz
Herr Lutz Nitz

von der Verwaltung

Herr Thomas Barz	Beigeordneter
Herr Bernhard Braun	Vorstand I
Herr Stefan Dreßler	Vorstand II
Frau Claudia Hopf-Koßmann	SG Öffentlichkeitsarbeit/Tourismus
Herr Henry Liebe	FB 1 Hauptamt
Frau Doris Gansera	FB 2 Finanzen
Frau Kathrin Klemke	FB 3 Ordnung
Herr Hans-Jürgen Conrady	FB 5.0 Soziales
Herr Dr. Ralph Focke	FB 5.1 Kinder - Jugend - Familie
Frau Katrin Erdmann	FB 7 Umwelt
Frau Yvonne Pilz	Rechnungsprüfungsamt
Herr Christian Heinrich	Rechtsamt
Herr Dr. Henning Preisler	Gesundheitsamt
Frau Cornelia Weise	Gebäude- und Liegenschaftsmanagement
Frau Karina Cleve	Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte
Herr Peter Friesecke	Vorsitzender des Personalrates
Herr Dirk Zelmanski	Tontechnik
Frau Bärbel Finzelberg	Protokollführerin öffentlicher Teil
Frau Janine Truetsch	Protokollführerin nicht öffentlicher Teil

es fehlen:

Landrat

Herr Dr. Steffen Burchhardt entschuldigt

CDU-Fraktion

Herr Dr. Matthias Greulich entschuldigt
Herr Hartmut Dehne entschuldigt
Herr André Gröpler entschuldigt

Fraktion FDP/WG/FW

Herr Harald Bothe entschuldigt
Herr Andreas Dertz entschuldigt
Herr Wilmut Pflaumbaum entschuldigt

SPD-Fraktion

Herr Torsten Kahlo entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Herr Wolfgang Bernicke

entschuldigt

Fraktion Grüne/Wähler-Endert

Herr Mike Kissel

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung der Niederschrift der Sitzung vom 26.09.2018 - öffentlicher Teil -
5. Benennung der Kreisjugendfeuerwehrwartin des Landkreises Jerichower Land
6. Kreisumlage 2019
- 6.1. Antrag der Fraktionen CDU sowie FDP/Wählergemeinschaft/Freie Wähler zur Senkung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2019
7. 1. Lesung Haushalt 2019
8. 1. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung (2019-2021) **01/337/18**
9. Änderung der KdU-Richtlinie **01/349/18**
10. Öffentlicher Dienstleistungsauftrag zur Durchführung des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs **01/344/18**
11. Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Jerichower Land für das Geschäftsjahr 2017 **01/350/18**
12. Wahlbereiche der Kreistagswahl 2019 **01/369/18/1**
13. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
14. Anfragen und Anregungen
15. Schließung des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

16. Feststellung der Niederschrift der Sitzung vom 26.09.2018 - nicht öffentlicher Teil -
17. Personalangelegenheit - Einstellung 01/360/18
18. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
19. Anfragen und Anregungen

Öffentlicher Teil

20. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
21. Schließung der Sitzung

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages eröffnet die Sitzung um 17:03 Uhr und begrüßt die Kreistagsmitglieder und Gäste und besonders den Kreisbrandmeister, Herrn Metscher. Er verweist darauf, dass er den Kreistag im Einvernehmen mit dem Landrat am 16.11.2018 schriftlich und elektronisch einberufen hat. Er stellt damit die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung fest. Der Landrat und 9 Mitglieder des Kreistages haben sich zur Sitzung entschuldigt. Ein Kreistagsmitglied fehlt. Bei Teilnahme von 32 Mitgliedern des Kreistages (im Verlaufe der Sitzung von 33 Kreistagsmitgliedern) stellt er die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass es keine Änderungsanträge gibt.

Der Kreistag stimmt der Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass keine Einwohneranfragen vorliegen und schließt die Einwohnerfragestunde.

TOP 4

Feststellung der Niederschrift der Sitzung vom 26.09.2018 - öffentlicher Teil -

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift keine Einwendungen nach der Geschäftsordnung vorliegen. Der öffentliche Teil der Niederschrift gilt damit als festgestellt.

TOP 5

Benennung der Kreisjugendfeuerwehrwartin des Landkreises Jerichower Land

Der Vorsitzende des Kreistages würdigt die wichtige Aufgabe der Kreisjugendfeuerwehrwartin, die insgesamt 720 Kinder in 84 Kinder- und Jugendfeuerwehren betreut und damit nicht nur die Grundlage der Jugendarbeit bildet, sondern auch den Grundstein legt für die Ausbildung der zukünftigen freiwilligen Feuerwehrleute.

In Vertretung des Landrates benennt **der Beigeordnete** Frau Bianca Plöntzke als Kreisjugendfeuerwehrwartin. **Der Vorsitzende des Kreistages** beglückwünscht Frau Plöntzke und überreicht gemeinsam mit dem Kreisbrandmeister Blumen.

TOP 6

Kreisumlage 2019

TOP 6.1

Antrag der Fraktionen CDU sowie FDP/Wählergemeinschaft/Freie Wähler zur Senkung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2019

Die Fraktionen CDU und FDP/Wählergemeinschaft/Freie Wähler beantragen: **Der Hebesatz für die Kreisumlage der Städte und Gemeinden im Landkreis Jerichower Land wird für das Haushaltsjahr 2019 auf 45,0 v. H. festgeschrieben.**

Der Vorsitzende des Kreistages schlägt vor, beide Tagesordnungspunkte gemeinsam zu diskutieren.

Der Beigeordnete informiert über den Entwurf des Haushaltsplanes 2019. Er nennt ein Haushaltsvolumen in Höhe von 142,8 Mio. Euro. Nach den Angaben der Bereiche errechnet sich insgesamt ein Überschuss von rund 600,000 Euro, vorausgesetzt, die vom Abfallbereich angegebenen 3,0 Mio. Euro aus Hausmüllgebühren für 2018 können in dieser Größenordnung noch beschieden werden.

Gegenwärtig ist der Haushaltsausgleich nicht mehr gewährleistet. Gründe hierfür sind:

1. Durch die geforderte Absenkung des Kreisumlagesatzes auf 45 % verliert der Kreishaushalt 1,2 Mio. Euro.

2. Die aufgenommene Auflösung einer Rückstellung von 1,9 Mio. Euro aufgrund eines anhängigen Prozesses ist im Haushalt 2018 und nicht im Haushalt 2019 auszuweisen.
3. Aufgrund der neuen Hochrechnung für das Haushaltsjahr 2019 besteht im Bereich des Jugendamtes voraussichtlich ein Mehrbedarf von 1,0 Mio. Euro.

Diese drei Punkte führen zu einer Unterdeckung des Ergebnisplanes von 4,1 Mio. Euro. Aufgabe der Verwaltung ist es, in enger Zusammenarbeit mit den Kreistagsmitgliedern nach einer gemeinsamen und tragbaren Lösung für einen genehmigungsfähigen Haushalt zu suchen.

Der Beigeordnete informiert über die Rücklagen aus Überschüssen der vorangegangenen Haushaltsjahre und antwortet auf die Frage von Herrn Fischer zum Haushaltsausgleich.

Er erläutert das Anhörungsverfahren zur Kreisumlage. Um einen ordnungsgemäßen Abwägungsprozess durchführen zu können, wurden die Gemeinden unter Mitteilung des Hebesatzes zunächst gebeten, Zahlenmaterial zur Beurteilung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zur Verfügung zu stellen. Sowohl das Rechnungsprüfungsamt als auch die Kommunalaufsicht wurden beteiligt. Mit Blick auf die ergangene Rechtsprechung und ein dokumentiertes und nachvollziehbares Verfahren wurde zum alten Grundsatz der 1. Haushaltslesung zurückgekehrt.

Da gegenwärtig der Eindruck entsteht, dass die Kreisumlage als Konsolidierungsprogramm für Gemeinden und Städte angesehen wird und dass die Landkreise zum Spielball in der politischen Diskussion zur Höhe der Finanzmasse im FAG werden, sollten die Kreistagsmitglieder in der Diskussion und an geeigneter Stelle den richtigen Adressaten für ein Mehr in der kommunalen Finanzmasse ansprechen.

Der Beigeordnete macht deutlich, dass es dem Kreistag fernliegen sollte, den Haushalt der Gemeinden und Städte in den Ansätzen und Strategien zu bewerten. Ebenso werde dies auch hinsichtlich des Kreishaushaltes erwartet. Das hohe Gut der kommunalen Selbstverwaltung sollte hier nicht beschädigt werden. Er dankt den Gemeinden und Städten für den grundsätzlich konstruktiven Dialog: „Lassen Sie uns nicht vor Gerichten herausfinden, wer Recht hat. Egal wie, zum Schluss zahlen wir wieder alle gemeinsam die Zeche.“ (Die Ausführungen des Beigeordneten sind als **Anlage** zur Niederschrift beigefügt).

Herr Köppen begründet den Antrag der Fraktionen CDU sowie FDP/Wählergemeinschaft/Freie Wähler mit der gemeinsamen Aufnahme des Hilferufes der Kommunen des Landkreises, die darauf aufmerksam machen, dass mit der von der Kreisverwaltung avisierten Kreisumlage von 46,5 v. H. nicht auszukommen wäre. Der Antrag richte sich nicht gegen die Interessenslage des Landkreises. Er zielt darauf ab, eine vernünftige gleichmäßige Finanzlage innerhalb der kommunalen Familie darzustellen. Er fordert, die notwendigen Einsparungen jedoch nicht bei Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen und Schulen vorzunehmen. Eine gemeinsame Aufgabe müsse jetzt sein, die Finanzausstattung durch das Land zu verbessern.

Herr Kurze MdL ergänzt, dass die Fraktionen den Hilferuf der Bürgermeister in einen Antrag gegossen hätten, der im Kreisausschuss die Unterstützung der anderen Fraktionen gefunden habe. Er gehe davon aus, dass der Antrag auch im Kreistag eine breite Mehrheit findet. Herr Kurze MdL betont, dass es das Finanzausgleichsgesetz seit fast 30 Jahren im Land

gibt, und es habe noch nie einen „Zufriedenheitsruf“ aus den Kommunen dazu gegeben. Es sei am Ende eine große Gemeinschaftsaufgabe, der sich die gesamte kommunale Familie und natürlich auch Landesfamilie stellen müsse.

Herr Langer erklärt namens der Fraktion DIE LINKE die Unterstützung des Antrages. Er persönlich sei aber im Zwiespalt, weil er sich dem Landkreis verpflichtet fühle, aber auch die Auswirkungen auf seine Gemeinde und die dortige Lebensqualität sehe.

Herr Fischer würdigt die Ausführungen des Beigeordneten und bittet darum, diese den Kreistagsmitgliedern zur Verfügung zu stellen. Er habe festgestellt, dass das soeben vorgelegte Zahlenwerk immens von dem abweiche, was er zu den Erträgen, Aufwendungen und dem Jahresergebnis sämtlicher Haushaltspläne ermittelt habe. Er erwarte, dass er als Kreistagsmitglied das, was vorgetragen werde, auch nachlesen könne. Er bittet um einen Zahlenabgleich zur Ermittlung der Jahresergebnisse und der Rücklagen für den nächsten Kreisausschuss/Finanzausschuss. Er werde hierzu konkrete Fragen einreichen. Herr Fischer äußert Bedenken, wenn heute noch Mehrausgaben im Jugendbereich angezeigt werden. Die Haushaltsplanung müsse verlässlich sein. Er erinnert an die dem Finanzausschuss zugesicherte quartalsweise Übersicht zum Plan-Ist-Vergleich.

Herr Nitz macht darauf aufmerksam, dass die Interessen von Landkreis, Städten und Gemeinden immer kollidieren werden. Er zitiert aus einem Bundesverwaltungsgerichtsurteil vom 31.01.2013. Er sehe die Haushaltssituation des Landkreises nicht „notleidend“, aber er sehe die Mindestausstattung der Gemeinden nicht gegeben. Deshalb stimme die Fraktion Grüne/Wähler-Endert dem Antrag zu.

Herr Krehan erkennt an, dass die Haushaltslesung und Diskussion endlich einmal diesen Namen verdiene. Er habe die Hoffnung, dass die Verwaltung das Problem lösen wird.

Herr Weber verweist auf die sprudelnden Steuereinnahmen des Bundes. Er frage sich, wo die Steuern bleiben, wenn hier nichts ankommt.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass zum Antrag niemand mehr das Wort wünscht und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Kreistag stimmt einstimmig dem Antrag der Fraktionen CDU und FDP/Wählergemeinschaft/Freie Wähler zu, der Hebesatz für die Kreisumlage der Städte und Gemeinden im Landkreis Jerichower Land wird für das Haushaltsjahr 2019 auf 45,0 v. H. festgeschrieben.

TOP 7

1. Lesung Haushalt 2019

Die SPD-Fraktion beantragt: „**Den Zuschuss für den Kreisfeuerwehrverband Jerichower Land um 10.000,00 Euro zu erhöhen. Der Zuschuss ist für die Nachwuchsgewinnung einzusetzen!**“

Der Beigeordnete erklärt, dass es seitens der Verwaltung keine Ausführungen zum Antrag gibt. Der Antrag liegt den Kreistagsmitgliedern vor.

Herr Gericke ergänzt den Antrag, den Zuschuss für den Kreisfeuerwehrverband Jerichower Land um 10.000 Euro **jährlich und dauerhaft** zu erhöhen. Er habe erfahren, dass die ehrenamtlichen Feuerwehrkameraden ihre Aufwandsentschädigung an den Kreisfeuerwehrverband zurück überweisen, um die Arbeit aufrecht zu erhalten. Das sei ein Alarmzeichen gewesen, das Ehrenamt zu stärken.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass zum Antrag niemand mehr das Wort wünscht und dass die Verwaltung zur Haushaltslesung nicht mehr sprechen möchte.

Der Beigeordnete verweist auf die Aussprache zum TOP 6 und sieht keinen weiteren Bedarf für Ausführungen. Zum Redebeitrag von Herrn Fischer erläutert er die Verpflichtung zur Auflösungen von Rückstellungen am Beispiel des Haushaltsjahres 2018.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Kreistag stimmt einstimmig dem Antrag der SPD-Fraktion zu, den Zuschuss für den Kreisfeuerwehrverband Jerichower Land um 10.000,00 Euro jährlich und dauerhaft zu erhöhen. Der Zuschuss ist für die Nachwuchsgewinnung einzusetzen!

TOP 8

01/337/18

1. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung (2019-2021)

Herr Kurze MdL erklärt, dass die CDU-Fraktion der Abfallgebührensatzung nicht zustimmen werde. Aus Sicht der Fraktion sei die Gebührengerechtigkeit nicht wirklich gegeben und es werde erwartet, dass an dem System noch weiter gearbeitet wird - angefangen bei der Lesbarkeit der Bescheide, über Außenstände, die nicht mit kalkuliert sind, bis hin zur Frage nach der Belohnung für die Mülltrennung. Es gibt Vorschläge über zu gründende Arbeitsgruppen, denen sich die Fraktion nicht verwehren wird. Zu hinterfragen sei auch die Personengebühr, sie kostet viel Geld und der Landkreis erledigt hier Aufgaben für Einwohnermeldeämter. Die Fraktion sieht noch Möglichkeiten, das System am Ende für den Bürger weiterhin bezahlbar zu machen und es nicht teurer werden zu lassen. Deshalb habe sich die Fraktion entschlossen, der Änderungssatzung heute nicht zuzustimmen.

Die Frage von **Herrn Dr. Krause**, ob die alte Satzung in Kraft bleibt, wenn der Kreistag heute der neuen Satzung nicht zustimmt, bejaht **der Beigeordnete**. Besser wäre es aber, die neue Gebührensatzung in Kraft zu setzen. Es gibt ja noch eine Kreistagssitzung in diesem Jahr. Er weist darauf hin, dass es ansonsten auch erhebliche Abweichungen am Haushaltsplan geben wird. Wenn bezuschusst werde, müsse das aus dem allgemeinen Haushalt gegenfinanziert werden.

Auf die Frage von **Herrn Rehbaum** nach den unterschiedlichen finanziellen Auswirkungen der alten und der neuen Gebührensatzung antwortet **der Beigeordnete**, wenn nicht erhöht werde, müssen die Mittel woanders hergenommen werden.

Herr Rehbaum äußert sein Unverständnis. **Der Beigeordnete** ruft in Erinnerung, dass es bei der letzten Gebührenkalkulation die Möglichkeit gab, aus der Gebührenrücklage die Müllgebühren zu subventionieren.

Herr Dr. Sanftenberg macht deutlich, wenn der Kreistag heute der neuen Satzung nicht zustimmt, dann könne sie angepasst und später beschlossen werden. Es gibt noch Möglichkeiten für Einsparungen, die seitens der Verwaltung bisher negiert und nicht ernsthaft aufgegriffen wurden, z. B. die personengebundene Gebühr. Wenn bei der alten Satzung verblieben wird, entsteht eine Differenz zum Haushalt.

Herr Nitz erklärt, dass die Fraktion angesichts der jetzt aufgeworfenen Differenzen der Änderungssatzung nicht zustimmen wird.

Herr Gericke beantragt ausgehend von den Ausführungen von Herrn Dr. Sanftenberg, die Gebührensatzung heute nicht abzulehnen, sondern in den Fachausschuss zurückzuverweisen.

Herr Weber bemängelt die nicht ausreichende Information der Bürger durch den Landkreis.

Herr Dr. Krause äußert seine Verwunderung über die Arbeit des Ausschusses, wenn diese Diskussion statt im Fachausschuss hier im Kreistag geführt wird, wo die Satzung beschlossen werden soll.

Herr März verweist darauf, dass die Ausschussmitglieder - als das System umgestellt wurde - oft verkehrt informiert waren und in den Fraktionen etwas berichtet haben, was nicht gestimmt hat. Er behauptet, das sei heute wieder so. Vieles komme erst durch Einzelerfahrungen zum Vorschein und sei nicht im Ausschuss mitgeteilt worden. Deshalb konnte sich der Ausschuss auch nicht anders verhalten.

Herr Fischer erklärt, dass er zweimal stellvertretend im Umweltausschuss gewesen sei. Er verstehe jetzt die Welt nicht mehr. Man habe dort alle Problematiken diskutiert und die Satzungsänderung einstimmig an den Kreistag überwiesen. Auch die Kalkulation für die nächsten drei Jahre wurde vorgestellt und war nachzuvollziehen. Und alles war klar. Von keiner Fraktion wurde dazu im Kreisausschuss eine Frage gestellt. Auch die vom Landkreis herausgegebene Broschüre sei gut gewesen. Er könne den Antrag der CDU-Fraktion nicht nachvollziehen. Es könne doch jetzt nicht alles infrage gestellt werden. Es bliebe jetzt nur Zeit bis zum Dezember-Kreistag.

Herr Bock erklärt, dass er seit 14 Jahren im Umweltausschuss dieses Kreistages sei. Die Problematik werde nie vom Tisch kommen. Er bedauere, dass man nicht den Mut habe, den Bürgern zu sagen, „wir haben Mist gemacht“, mit der Einführung des Ident-Systems wird es nicht billiger, es wird teurer.

Herr Kurze MdL weist die Kritik von Herrn Fischer am Umweltausschuss zurück. Es gibt immer wieder neue Dinge, die dazu führen können, dass man sein Abstimmungsverhalten ändert oder am Ende eine Weiterverhandlung fordert. Er bittet darum, konstruktiv und sachlich mit einander umzugehen.

Herr Dr. Sanftenberg erklärt, dass man die Ausführungen von Herrn Bock so nicht stehen lassen könne. Wenn man nach dem alten System weiter verfahren würde, hätte der Landkreis jetzt Müllgebührenkosten in Höhe von über 10 Mio. Euro, die auf Gebühren umgelegt werden müssten. Tatsächlich sind jetzt 8,3 Mio. Euro umzulegen. Das ist schon eine Reduzierung, die durch das Ident-System erreicht wurde. Die CDU-Fraktion vertritt die Auffassung, dass noch nicht jedes Sparpotenzial ausgereizt sei. Angeklungen seien diese Fragen

auch schon im Frühjahr 2018, aber sie wurden „abgebügelt“. Die Fraktion wolle sie aber aufgegriffen wissen.

Frau Auerbach stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Rednerliste zu schließen und über den Antrag von Herrn Gericke abzustimmen.

Der Kreistag stimmt einstimmig bei 10 Stimmenthaltungen dem Geschäftsordnungsantrag von Frau Auerbach zu.

Der Kreistag stimmt mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen dem Antrag von Herrn Gericke zu, die BV 01/337/18 1. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung (2019-2021) in den Umweltausschuss zurückzuverweisen.

TOP 9

01/349/18

Änderung der KdU-Richtlinie

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass zur Vorlage niemand das Wort wünscht.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei einer Stimmenthaltung die beigefügte Richtlinie zur Umsetzung der durch den Landkreis Jerichower Land an das Jobcenter Jerichower Land übertragenen Aufgaben nach dem SGB II.

TOP 10

01/344/18

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag zur Durchführung des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs

Der Vorsitzende des Kreistages informiert darüber, dass hier kein Mitwirkungsverbot für die Kreistagsmitglieder besteht, die im Aufsichtsrat der NJL mbH mitarbeiten.

Herr Kurze MdL erklärt als Aufsichtsratsvorsitzender, dass es sich der Aufsichtsrat unter anderem zur Aufgabe gemacht habe, mit den bestehenden Gesellschaften der NJL, dem PNV Burg und dem PNV Genthin auch weiterhin einen verlässlichen und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis zu haben. Die Direktvergabe sichere auch Arbeitsplätze in Burg und Genthin und einen bezahlbaren ÖPNV. Darauf könne man stolz sein.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass zur Vorlage niemand mehr das Wort wünscht.

Der Kreistag stimmt mehrheitlich bei einer Gegenstimme dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag in der Form der Definition einer Dienstleistungskonzession nach Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EG) 1370/2007 über die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Durchführung des öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) im Landkreis Jerichower Land nach Artikel 5 Absatz 5 der Verordnung (EG) 1370/2007 zwischen der Nahverkehrsgesellschaft Jerichower Land mbH (NJL) und dem Landkreis Jerichower Land zu und ermächtigt den Landrat, diese abzuschließen.

Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Jerichower Land für das Geschäftsjahr 2017

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass die Kreistagsmitglieder **Herr März, Herr Kurze MdL, Herr Rehbaum und Herr Köppen** an der Beratung und Abstimmung zur Vorlage nicht mitwirken und in den Besucherreihen Platz nehmen. Er stellt weiterhin fest, dass zur Vorlage niemand das Wort wünscht.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen, dem Verwaltungsrat der Sparkasse Jerichower Land wird gemäß §§ 6 Abs. 2 Nr. 5, 26 Abs. 5 Sparkassengesetz Land Sachsen-Anhalt für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.

Wahlbereiche der Kreistagswahl 2019

Der Vorsitzende des Kreistages verweist darauf, dass der Kreistag aus Gründen der Rechtssicherheit die Wahlbereiche noch einmal bestätigen soll, weil bei der ersten Beschlussfassung die Begründung nicht vollständig war.

Auf die Frage von **Herrn Michalek** antwortet **Herr Braun**, dass Prödel selbstverständlich zum Jerichower Land gehöre. Hier sei nur aufgeführt, wie aus der historischen Entwicklung diese Orte zum Jerichower Land gekommen sind.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass zur Vorlage niemand weiter das Wort wünscht.

Der Kreistag bestätigt einstimmig seinen Beschluss vom 15.08.2018 zur Einteilung der Wahlbereiche für die Wahl des Kreistages am 26. Mai 2019.

Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass es keinen Berichtsbedarf gibt.

Anfragen und Anregungen

Der Beigeordnete erklärt, dass auf die Frage von Herrn Fischer im Umweltausschuss zu Pilotprojekten noch keine rechtskonforme Antwort für die Aufnahme in die Hauptsatzung gefunden wurde. Er bittet um Verständnis, dass man auf der Suche sei, dem Begehr aber bisher noch nicht nachkommen konnte. Die Selbstverpflichtung sei selbstverständlich, dass bei

Losprojekten, die eine große Außenwirkung haben, wie z. B. Müllschleusen, die Ausschüsse entsprechend vorher befasst sind.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass keine weiteren Anfragen vorliegen.

TOP 15

Schließung des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende des Kreistages schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:15 Uhr und wünscht den Vertretern der Öffentlichkeit einen guten Nachhauseweg und eine besinnliche Adventszeit.

Die Protokollführerin des öffentlichen Teils verlässt den Beratungsraum.

Öffentlicher Teil

TOP 20

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende des Kreistages stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt bekannt, dass im nicht öffentlichen Teil die unbefristete Einstellung einer Tierärztin beschlossen wurde.

TOP 21

Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages schließt die Sitzung um 18:20 Uhr und wünscht den Kreistagsmitgliedern eine schöne Adventszeit und freut sich auf einen spannenden Kreistag am 12. Dezember.

Dr. Bauer
Vorsitzender

Finzelberg
Protokollführerin